

THEMA IM LANDTAG

Knallharte Politik – aber mit Lächeln Zwei Jahre konservative Landesregierung

Zwei Jahr nach dem Amtsantritt von Christian Wulff ist klar: Die CDU/FDP-Landesregierung hat ihre zentralen Wahlversprechen gebrochen. Hinter der Fassade des freundlichen Landesvaters treibt der Ministerpräsident einen Umbau des Landes voran, der nichts mit den Bedürfnissen der Menschen, aber sehr viel mit dem Niedersachsen der 1980er Jahre zu tun hat.

Mit der Betonierung des dreigliedrigen Schulsystems, dem Nichtstun bei der frühkindlichen Bildung und den Kürzungen bei der individuellen Förderung führen CDU und FDP das niedersächsische Bildungssystem zurück in die Albrecht-Ära. Zusammen mit den massivsten Kürzungen bei den Hochschulen in der Geschichte des Landes verspielen sie so die Chancen unserer Kinder und unseres Landes.

Mit der Abschaffung des Landesblindengeldes hat diese Landesregierung im vergangenen Dezember ihren sozialpolitischen Offenbarungseid geleistet. Das war aber nur die prominenteste der Maßnahmen, die die Substanz des Sozialstaates in Frage stellen. Die Kürzungen bei Behinderten und Pflegebedürftigen wiegen nicht minder schwer. All diese beinhalten Entscheidungen laufen darauf hinaus, dass aus Pflichtleistungen des Staates Almosen werden, die nach Belieben gewährt werden – oder eben nicht. Christian Wulff steht für eine Politik der sozialen Kälte.

Diese Politik ist keineswegs ohne Alternative. Herr Wulff scheut den Konflikt etwa mit Grundstücks- und Aktienspekulanten und blockiert deshalb den Subventionsabbau im Bundesrat. Deshalb muss er bei Blinden und Behinderten kürzen. Nur wenn die Landesregierung endlich auch die Einnahmeseite in den Blick nimmt, kann die Finanzlage des Landes verbessert werden.

Vor diesem Hintergrund hatte es fast etwas Gespenstisches, als Christian Wulff die Landespresse am Vortag zu seinem zweiten Amtsjubiläum ins Gästehaus der Landesregierung einlud: Statt einer ehrlichen Bilanz der vergangenen 24 Monate Regierungszeit, statt einem Ausblick auf die Perspektiven der Landespolitik für die kommenden drei Jahre gab es nur eins: Gemeinplätze. Konkrete Politik? Fehlangezeigt.

Wulff referierte, was einige kluge Professoren dem Landeskabinett bei einer Klausurtagung berichtet hatten: Dass die Förderung unserer Kinder möglichst früh anfangen müsse, dass die Integration der bei uns lebenden Migrantinnen und Migranten eine wichtige politische Herausforderung sei, dass der soziale Zusammenhalt in unserem Land verbessert werden müsse. Alles richtig und schon seit ein paar Tagen bekannt – und für den Ministerpräsidenten offensichtlich völlig folgenlos.

Es sei »erstaunlich«, mit welcher Chuzpe Wulff über die offensichtliche Differenz zwischen Reden und Handeln hinweggehe, sagte dazu Sigmar Gabriel. »Herr Wulff behauptet, die Sprachförderung liege ihm besonders am Herzen. In genau diesem Bereich hat die Landesregierung aber massiv gekürzt. Herr Wulff behauptet, das Land habe im Sozialbereich investiert. Er glaubt offensichtlich, die Menschen hätten schon vergessen, dass diese Landesregierung das Landesblindengeld gestrichen hat. Herr Wulff behauptet, er setze sich für soziale Brennpunkte ein. Er war es aber, der das Programm ‚Soziale Stadt‘ gestrichen und damit viele Problemviertel aufgegeben hat«, so Gabriel. »Zwei Jahre nach Regierungsantritt versucht sich Christian Wulff in der Rolle des Staatsschauspielers. Er mimt den präsidialen Landesvater und versucht Politik durch eine – zugegebenermaßen professionelle – Nachdenklichkeitsinszenierung zu ersetzen«, so das Fazit des Vorsitzenden der SPD-Fraktion.

Am schlimmsten aber sei es, dass der Ministerpräsident keinerlei Perspektive für die nächsten drei Jahre habe. »Herr Wulff kann weder sagen, wie er die frühkindliche Bildung stärken, noch wie er die Arbeitslosigkeit abbauen will. Kein Wort von ihm zur regionalen Strukturpolitik oder zu den sozialen Herausforderungen. Dieser Ministerpräsident hat die Bodenhaftung komplett verloren.«

Liebe Leserinnen und Leser



Sigmar Gabriel

Seit zwei Jahren regiert Christian Wulff in Niedersachsen – und versucht seitdem, unser Land nach seinen konservativen Vorstellungen umzubauen. Ob in der Schul- oder Sozialpolitik, beim Thema Studiengebühren oder in Sachen Innere Sicherheit – CDU und FDP geht es nicht um die Menschen, sondern um die Durchsetzung ihres Gesellschaftsbildes.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir unsere Alternativen klar benennen. Wir müssen zeigen, dass und wie wir es besser machen können.

Die vergangenen zwei Jahre waren nicht immer leicht für die SPD-Landtagsfraktion. Dennoch: Es ist uns gelungen, den Vorsprung der CDU im Vergleich zur Landtagswahl 2003 zu halbieren. Wir haben damit einen Teil der Wegstrecke zurückgelegt. Aber es liegt noch viel Arbeit vor uns. Die zu leisten sind wir uns selbst, vor allem aber den Menschen in Niedersachsen schuldig.

Ever

Sigmar Gabriel

Konsequenz aus dem »Fall« Kameli

Niedersachsen braucht ein geregeltes Verfahren zur Anerkennung von Härtefällen

Im Fall der Zarah Kameli, deren Abschiebung in den Iran nur durch das couragierte Auftreten eines Lufthansa-Piloten verhindert wurde, hat der Niedersächsische Landtag nach großem öffentlichen Druck zum ersten Mal von der seit Inkraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht, einen Härtefall anzuerkennen.

Die Entscheidung, dass Frau Kameli ein Bleiberecht erhält, ist vom Landtag einstimmig getroffen worden. Damit sind nun auch diejenigen Mitglieder des Landeskabinetts eines Besseren belehrt worden, die noch vor kurzem versucht hatten, Bundesinnenminister Schily den schwarzen Peter zuzuschieben, indem sie behauptet hatten, dem Land seien die Hände gebunden.

Ob ein Härtefall im Sinne des neuen Aufenthaltsgesetzes vorliegt, darf in Zukunft jedoch nicht davon abhängen, ob sich die Bild-Zeitung für einen von Abschiebung bedrohten Ausländer einsetzt oder nicht. Nicht das Maß der öffentlichen Aufmerksamkeit, sondern die individuelle Situation der Betroffenen muss im Mittelpunkt der Entscheidung stehen.

Die CDU/FDP-Landtagsmehrheit hat es bislang kategorisch abgelehnt, entsprechend dem Vorbild der überwiegenden Mehrzahl der anderen Bundesländer

auch in Niedersachsen eine Härtefallkommission einzurichten, die es etwa Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsrat ermöglicht, eine Stellungnahme zu der Frage abzugeben, ob ein Härtefall vorliegt. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb den Fall Kameli zum Anlass genommen, ihren Entschließungsantrag zur Einrichtung einer Härtefallkommission erneut in den Landtag einzubringen. »Im Zentrum dieser Forderung steht jedoch nicht die parteipolitische Profilierung, sondern das Interesse, mögliche Härtefälle rechtzeitig zu erkennen und ihnen zu helfen«, so der migrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Klaus-Peter Bachmann. Daher wäre es bereits ein sehr großer Schritt in die richtige Richtung, wenn es gelänge, dass der Petitionsausschuss institutionalisiert die Stellungnahmen von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsrat und auch Amnesty International einholen kann. Hierzu muss versucht werden, in interfraktioneller Abstimmung ein praktikables Verfahren zu entwickeln. Dieses hat



Klaus-Peter Bachmann

sicherzustellen, dass die jeweiligen Regierungsfractionen nicht schon die Einleitung einer externen Prüfung, ob ein Härtefall vorliegen könnte, mit ihrer Stimmenmehrheit verhindern können. Sofern es gelingt, ein solches Verfahren zu etablieren, wäre dies im Vergleich zum gegenwärtigen Umgang mit Härtefällen ein ganz erheblicher Fortschritt.

Ulla Groskurt zur ASF-Landesvorsitzenden gewählt

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) wählte auf ihrer Landeskongress in Osnabrück die Landtagsabgeordnete Ulla Groskurt, ohne Gegenstimmen, bei nur zwei Enthaltungen zur neuen Vorsitzenden. Damit löst sie die bisherige Vorsitzende Christiane Reckmann aus dem Bezirk Hannover ab, die die Arbeitsgemeinschaft in Niedersachsen seit 10 Jahren geführt hat.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Konferenz Gabriele Anton (Lehrte), Ulla Bergen (Cuxhaven) und Brigitta Franke (Hannover). Beisitzerinnen wurden Heidrun Burfeind (Emden), Frauke Heiligenstadt (Katlenburg-Lindau), Annegret Ihbe (Braunschweig), Frauke Maschmeyer-Pühl (Leer), Daniela Oswald (Stade), Gabriele Trittel (Braunschweig) und Hedi Wegener (Kirchgellersen).

»Wenn wir Interessen von Frauen durchsetzen wollen«, so Ulla Groskurt in ihrer Vorstellungsrede, »müssen wir zum einen unsere eigene organisatorische Stärke verbessern und effektiver organisieren, zum anderen müssen wir die Kontakte zu den fortschrittlichen Kräften in der Gesellschaft ausbauen. Auch wenn man uns heute einreden will, die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Frauenfragen und Gleichberechtigung sind geführt und eine moderne gesellschaftliche Entwicklung zeichne sich durch möglichst wenig Regulierung und Steuerung aus, nehme ich sehr konkrete Bestrebungen im Kampf um wirtschaftliche und politische Vorteile wahr. Ich bin weit davon entfernt zu glauben, dass uns frauenpolitischer Fortschritt in dieser Auseinandersetzung quasi geschenkt wird.« Eine besondere Rolle in ihrer Rede, nahm dabei die Entwicklung der Frauenbeauftragten in Niedersachsen ein. »Vieles von dem, was wir für gesellschaftlich und politisch durchgesetzt gehalten haben, wird jetzt zurück gedreht.«

Mentoringprogramm der SPD Niedersachsen

Die SPD in Niedersachsen bietet die Gelegenheit, sich aktiv mit der politischen Arbeit in der SPD und der Bevölkerung auseinanderzusetzen.

Im Rahmen des im November 2004 gestarteten Mentoring-Projektes geht es ab Mai 2005 mit neuen Mentees in die zweite Runde. Interessierte können sich auf den Internetseiten www.mentoring.spdnds.de über das Projekt informieren.

Lkw Maut erfolgreich gestartet – Allgemeine Straßenmaut für Pkw verhindern

Die SPD-Fraktion hat den erfolgreichen Start der streckenbezogenen Lkw-Maut auf den deutschen Autobahnen als innovatives Hightech-Projekt mit großem Exportpotenzial begrüßt. Gleichzeitig ist den Plänen von Wirtschaftsminister Hirche, eine allgemeine Maut für Lkw einführen zu wollen, eine Absage erteilt worden.

Ein entsprechender Entschließungsantrag ist im Februar in den Landtag eingebracht und vom verkehrspolitischen Sprecher der Fraktion, Gerd Will begründet worden:

»Allen Unkenrufen zum Trotz und trotz manch heimlicher Hoffnung auf ein Scheitern der Technologie – ich erinnere nur an die strikte Ablehnung der Maut z. B. durch die CDU-Fraktion in diesem Hause – ist die Inbetriebnahme des Mautsystems für Lkw ein Erfolg für den Industrie- und Technologiestandort Deutschland«, so Gerd Will.

Die streckenbezogene Lkw-Maut kann zu einer gerechteren und mehr nutzerbezogenen Verteilung der Lasten und der Finanzierung der Infrastruktur beitragen. Gerade Niedersachsen als Flächen- und Transitland, das ein stetig weiter steigendes Verkehrsaufkommen hinzunehmen hat, muss daher ein großes Interesse an

einem funktionierenden Mautsystem und an einer möglichst optimalen Erfassung der Lkw-Nutzer haben.

Die SPD-Fraktion hat das Land aufgefordert, stärkere Verkehrszählungen durchzuführen, um Mautausweichstrecken, insbesondere auf parallel zu Autobahnen verlaufenden Bundesstraßen ausfindig zu machen und diese an den Bund zu melden. Das Mautgesetz sieht bereits vor, die Mautpflicht auf solche als Ausweichstrecken missbrauchten Straßen auszuweiten. Damit werden sich die Güterverkehre voraussichtlich wieder auf die Autobahnen verlagern und die derzeitige Lärmbelastung der Anwohner wird beseitigt.

Gerd Will wandte sich entschieden gegen die von Verkehrsminister Hirche angekündigten Pläne, das Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz erweitern zu wollen. Dieses Gesetz erlaubt zurzeit nur die Ein-



Gerd Ludwig Will

führung einer Pkw-Maut auf besonderen Bauwerken, wie Brücken und Tunnels. Eine Ausweitung dieser Möglichkeit auf alle Autobahnabschnitte als Beginn einer allgemeinen Straßenbenutzungsgebühr für Pkw sei mit der SPD nicht zu machen, betonte Will.

NPD-Verbot nicht aus den Augen verlieren

Das Erstarken rechtsextremer Parteien beschränkt sich nicht auf Sachsen, wo die NPD in den Landtag eingezogen ist. In Dörverden (Landkreis Verden) sorgen die Aktivitäten des u.a. wegen Volksverhetzung verurteilten Rechtsanwalts Rieger, der den dortigen Heisenhof für die »Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation« erworben hat, für große Besorgnis.

Vor diesem Hintergrund erscheint es unverzichtbar, dass die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem gefährlichen Gedankengut der extremen Rechten offensiv geführt wird. Aufgrund der von ihr zu verantwortenden Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung steht die CDU/FDP-Landesregierung in besonderem Maße in der Pflicht, die weitere Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts aktiv zu verhindern. Zwar kann ein Verbot rechtsextremistischer Parteien existierende antisemitische, rassistische und rechtsextreme Orientierungen in der Gesellschaft nicht verhindern. Es ist jedoch eine Möglichkeit, die legalen Aktionsmöglichkeiten der Protagonisten einzuschränken, weil die Finanzierung der extremistischen Aktivitäten aus öffentlichen Geldern im Rahmen der Wahlkampfkostenerstattung unterbunden wird.

Niedersachsen steht in Sachen NPD-Ver-

botsverfahren auch deshalb in besonderer Verantwortung, weil das erste, aufgrund der V-Leute-Problematik gescheiterte Verbotsverfahren maßgeblich von Bayern und Niedersachsen betrieben worden ist. Zwischenzeitlich gibt es sogar Anhaltspunkte dafür, dass sich die Erfolgschancen für ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht verbessert haben könnten. Mit der Wahl eines Neonazis in den Bundesvorstand hat die NPD weitere Zweifel an ihrer Verfassungstreue aufkommen lassen.

»Die Landesregierung steht deshalb in der Verantwortung, Überlegungen in Richtung eines neuerlichen Verbotsverfahrens gegen die NPD nicht vorschnell zu den Akten zu legen«, so der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Heiner Bartling. Angesichts der aktuellen Problematik in Dörverden steht die Landesregierung darüber hinaus in der Pflicht, alle ihr zur



Heiner Bartling

Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um die örtlichen Initiativen in Dörverden sowie den Landkreis dabei zu unterstützen, die rechtsradikalen Aktivitäten des Herrn Rieger auf dem Heisenhof in Dörverden nachhaltig zu unterbinden.

Zerschlagung der Kulturförderung befürchtet

CDU und FDP legen im Februar einen Entschließungsantrag zur Neuordnung der Kulturförderung im Landtag vor. Die Kulturverbände fürchten ebenso wie die SPD-Fraktion als Folge eine Zerschlagung der Fachverbände und eine dirigistische Kulturförderung.

Die SPD hatte bereits Ende 2003 einen mit den Kulturschaffenden abgestimmten Vorschlag zur Neustrukturierung der Kulturförderung vorgelegt. Die Regierungsfractionen haben sich jedoch dazu bis heute nicht geäußert. Vielmehr begann das Ministerium für Wissenschaft und Kultur in die Autonomie der Kulturverbände einzugreifen.

Als Konsequenz ist eine Ungleichgewichtung der »kulturellen Versorgung« zwischen den verschiedenen Regionen des Landes zu erwarten. Auch stehen diverse und ausgesprochen renommierte Fachverbände wie die »Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren – LAGS«

oder der »Landesverband der Kunstschulen« vor dem Aus. Als Begründung muss die Behauptung des zuständigen Ministers herhalten, sie verbrauchten mehr als die Hälfte ihrer Mittel für Personal- und Sachausgaben. Die Belege für diese – von den Fachverbänden vehement bestrittene – Unterstellung blieb die Landesregierung bis heute schuldig.

An die Stelle der Fachverbände tritt das Ministerium, welches künftig zentralistisch von Hannover aus die operativen Maßnahmen zu steuern gedenkt. Bewährte Förderstrukturen von Fachverbänden werden von einer Ministerialbürokratie abgelöst.



Christina Bührmann

Die untenstehenden Stimmen der Fachöffentlichkeit beschreiben die Situation treffend.

Kulturförderung: Mit unserer Kritik sind wir in kompetenter Gesellschaft

Die eindeutig ablehnenden Reaktionen der Fachöffentlichkeit sind für die kulturpolitischen Vorstellungen der CDU und FDP vernichtend.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates (Spitzenverband der Kulturvereine), Olaf Zimmermann, sagt zu der Zerschlagung der Kulturförderung in Niedersachsen am 23.2.2005: »Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, ist tief besorgt über die Planungen der Regierungsfractionen CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag, die Kulturförderung grundlegend umzustrukturieren. (...) Die Landesregierung in Niedersachsen ist mit dem Ziel angetreten, Bürokratie abzubauen und Verwaltung zu entschlacken. Die Vorschläge der CDU- und FDP-Landtagsfractionen zur Neuordnung der Kulturförderung würden genau das Gegenteil zur Folge haben. Die CDU und FDP in Hannover werden sich entscheiden müssen, ob sie die aktive Bürgergesellschaft in der Kultur oder mehr Staat wollen. Die Auswirkungen werden weit über Niedersachsen hinaus Bedeutung haben.«

Auch die Kulturpolitische Gesellschaft, der bundesweite Zusammenschluss von kulturpolitisch Interessierten, zeigt sich angesichts der Entwicklung in Niedersachsen außerordentlich besorgt und warnte in einer Presseerklärung vom 22. Februar 2005:

»Trägervielfalt und Selbstorganisation sind Garanten einer freien Kulturförderung und einer lebendigen Kulturszene. Auch der Niedersächsische Landtag sollte daher auf Verantwortungspartnerschaft und Aufgabenteilung setzen, statt dirigistisch einzugreifen.«

Der Arbeitskreis der Niedersächsischen Kulturverbände, der Dachverband der Kulturvereine Niedersachsens mit Mitgliedern wie der LAGS, dem Museumsverband oder dem Landesmusikrat, stellt in der Pressemitteilung vom 24.2.2005 fest, dass die Neuordnung der Kulturpolitik außerordentlich fragwürdig sei und appelliert die Debatte wieder zu versachlichen und den Antrag in vorliegender Form anzulehnen.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraction das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut.

Registrierte User können sich auf der Internetseite <http://www.spd-landtagsnnds.de> mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Aufkünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über:

Thilo Scholz
(thilo.scholz@lt.niedersachsen.de,
Tel. 0511/3030-4038)

unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch unserer Homepage lohnt sich deshalb immer.

Doppik und Gemeindegewirtschaftsrecht

Geschlagene fünf Monate sind seit der am 7. September 2004 abgeschlossenen Verbandsanhörung ins Land gegangen, bis die CDU/FDP Landesregierung ihren Gesetzentwurf zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts (LT-Drs. 15/1680) dem Landtag vorgelegt hat. Die Ablösung der Kameralistik durch die doppelte Buchführung (die so genannte Doppik) wird von der SPD-Landtagsfraktion grundsätzlich unterstützt, denn schon die SPD-Landesregierung hatte seit Mitte der 90er Jahre für ein neues Haushalts- und Rechnungswesen geworben.

Bereits im Juni 2000 hat der damalige Innenminister Heiner Bartling ein diesbezügliches Modellprojekt initiiert. In einer transparenten, zeitgemäßen Verwaltung reicht es nicht mehr aus, dass im Haushaltsplan Einnahmen und Ausgaben ordnungsgemäß vollzogen werden, sondern auch Ressourcenverbrauch und Ressourcenaufkommen sind vollständig zu erfassen. Ein Haushaltsplan muss auch als Grundlage für Zielvereinbarungen dienen. Daher sind Informationen über Produkte und Verwaltungsleistungen unverzichtbar.

Angesichts der Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Kommunen und ihrer Beschäftigten erscheint es durchaus machbar, wie im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehen innerhalb von fünf oder sechs Jahren flächendeckend die doppische Haushaltsrechnung einzuführen. Erst ab dem Jahr 2012 sollen alle niedersächsischen Kommunen, deren Eigenbetriebe, kommunale Anstalten und Eigengesellschaften das neue Haushaltssystem verwirklicht haben.

Allerdings teilt die SPD-Fraktion nicht die Meinung der Landesregierung, dass durch die Umstellung auf Doppik den Kommunen keine Kosten entstünden. Zum

wiederholten Male will die CDU/FDP-Landesregierung ein Gesetz verabschieden lassen, bevor über eine Änderung der Niedersächsischen Verfassung zur Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips entschieden ist. Der Innenminister muss sich fragen lassen, warum – wenn die Umstellung den Kommunen tatsächlich keine Kosten verursacht – dann nicht zeitgleich auch beim Land Niedersachsen die Doppik eingeführt wird? Warum soll es beim Land kein Ressourcenverbrauchs-konzept geben, sondern weiterhin das verschleiernde Geldverbrauchs-konzept? Hier gilt: Wer den Kommunen vor der Wahl Konnexität verspricht, muss dieses Versprechen nach der Wahl auch halten!

Höchst problematisch sind die Änderungswünsche der CDU/FDP-Landesregierung im Bereich des Gemeindegewirtschaftsrechts. So soll in § 108 Abs. 1 NGO eine echte Subsidiaritätsklausel eingeführt werden. Dadurch soll auf Betreiben der FDP Druck auf die Kommunen ausgeübt werden, Aufgaben auf Private zu verlagern. Es ist vorgesehen, zur Voraussetzung zu machen, dass der »öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann«. Diese Änderung stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die



Jutta Rübke

kommunalen Selbstverwaltungsrechte dar: Durch die vorgesehene Verschärfung des § 108 wäre es den Kommunen nicht mehr ohne weiteres möglich, wirtschaftliche Unternehmen zu gründen, zumal private Anbieter etwa durch Umgehung der Tariftreue die Preise drücken könnten.

Mit dieser Änderung will die Landesregierung auf Druck der FDP-Fraktion Lobbyarbeit für private Anbieter machen. »Die SPD-Landtagsfraktion«, so merkte die Abgeordnete Jutta Rübke an, »wird sich in den weiteren Beratungen dieses Gesetzentwurfs der Landesregierung nachdrücklich dafür einsetzen, dass die vorgesehenen Änderungen des Gemeindegewirtschaftsrechts nicht zu einer Schwächung der kommunalen Ebene führen.«

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik bestätigt ihren Landesvorsitzenden Ulrich Mäde

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Niedersachsen ist für weitere zwei Jahre Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mäde. Er wurde am 26.02. auf der Jahresversammlung in Hildesheim einstimmig wiedergewählt.

Mäde kritisierte die Landesregierung, die beständig Aufgaben an die Kommunen abgebe, ohne diese mit den erforderlichen Finanzen auszustatten. »Es muss endlich die Konnexität gelten, wer bestellt, bezahlt«, so Mäde. Angesichts der Schieflage der Kommunalkassen forderte er zudem, dass das Land die 150 Millionen Euro Finanzausgleich an die Kreise, Städte und Gemeinden auszahlen müsse, die die Landesregierung zur Konsolidierung des eigenen Haushaltes einbehalten habe.

Weitere Informationen finden sich unter <http://www.sgk-niedersachsen.de>.



Ulrich Mäde

Förderung der sozialen Stadtentwicklung statt steuerlicher Subventionen

Mit dem Landtagsantrag »Förderung von Wohnformen und Wohngebieten wieder sozial gerecht gestalten« setzt sich die SPD-Landtagsfraktion dafür ein, dass die Städtebauförderung und insbesondere das Programm »Soziale Stadt« vom Land wieder unterstützt werden.

Das Programm »Soziale Stadt« wird von Bund, Land und Kommunen finanziert und hilft Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf wie beispielsweise hohen Anteilen von Armut und Arbeitslosigkeit, Schäden an Wohngebäuden und unzureichender Infrastruktur etc.

CDU und FDP hatten mit ihrer Mehrheit im Landtag durchgesetzt, dass dieses Programm im Haushaltsjahr 2005 unterbrochen wird. Ob es im Jahr 2006 wieder fortgesetzt werden kann, könne erst dann entschieden werden, wenn klar sei, ob der Bund auch weiterhin Mittel bereit stellt, so die Landesregierung.

Mittlerweile hat der Bund entschieden, 2006 und darüber hinaus Mittel für die Städtebauförderung bereitzustellen. »Aus diesem Grund fordert die SPD-Landtags-

fraktion die Landesregierung auf, sich nun endlich zum Programm »Soziale Stadt« zu bekennen«, so der Abgeordnete Axel Plaue in der Landtagsdebatte.

Weitere Forderungen der SPD beziehen sich auf die Förderung unterschiedlicher Wohnformen insgesamt: Angesichts der entspannten Lage auf den Wohnungsmärkten soll die Landesregierung auf eine weitere einseitige Förderung des Eigenheim-Neubaus verzichten. Statt dessen muss auf die Eigentumsbildung sowie Modernisierung im Wohnungsbestand gesetzt werden.

Auch die Eigenheimzulage soll nach SPD-Vorstellungen abgeschafft werden. Sie wird insbesondere von Haushalten mit höheren Einkommen in Anspruch genommen und erzeugt eine Reihe von Mitnah-



Axel Plaue

meeffekten. Statt der Eigenheimzulage müssen die Möglichkeiten des Einsatzes der Riester-Rente für Erwerb oder Schaffung von Wohneigentum verbessert werden.

Kein »Schwarzes-Peter-Spiel« bei Stromleitungen SPD fordert Anhörung zu Erdkabeln für den Netzausbau

Die Debatte während des Februar-Landtagsplenums hat gezeigt, dass die Fraktionen in der Zielrichtung nicht weit auseinander sind: Alle wollen neue Überland-Trassen für Hochspannungsleitungen verhindern.

Im Gegensatz zu den Regierungsfractionen ist die SPD-Landtagsfraktion jedoch an konstruktiven Lösungen interessiert, die den Bedenken in der Bevölkerung Rechnung tragen. »Es ist keine Zeit für Debatten um Zuständigkeiten und Verantwortung, man muss jetzt handeln«, so Sigrid Rakow, Abgeordnete aus dem Ammerland.

Was die SPD-Fraktion verhindern will sind zahlreiche Hochspannungsfreileitungen zur Netzanbindung der Windenergie. Die Cloppenburgische Abgeordnete Renate Geuter betonte deshalb in der Landtagsdebatte: »Wir fordern die Landesregierung auf, raumplanerisch tätig zu werden, damit nicht in einigen Jahren Niedersachsen von mehreren Hochspannungsfreileitungen durchzogen wird. Wir fordern die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, dass die Erweiterung der Netzkapazitäten über Erdver-

kabelung erfolgt.« Was im Moment bedrohlich im Raum steht, ist die 380 kV-Leitung von Ganderkesee nach St.Hülfe, die Y-Trasse von der Küste bis Osnabrück, Hier wächst der Widerstand und das Unverständnis der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Die Regionen warten auf ein klares Signal, dass der Erdverkabelung Vorrang vor den bisher geplanten Hochspannungsfreileitungen gegeben wird. Kostengründe dürfen dabei nicht in erster Linie ausschlaggebend sein.

Die SPD-Abgeordneten wollen weiterhin den Ausbau der Windenergie fördern – auch deshalb, weil die wirtschaftliche Bedeutung dieser Zukunftstechnologie für Niedersachsen so hoch ist. Der Ausbau der Windenergie darf jedoch nicht zulasten der Gesundheit und des Eigentums der Menschen gehen.



Sigrid Rakow

Damit das Parlament der Landesregierung einen klaren und abgestimmten Auftrag erteilen kann, werden wir eine öffentliche Anhörung im Fachausschuss beantragen.

Landesregierung vertröstet Menschen mit Behinderung seit Jahren SPD-Landtagsfraktion bringt Behindertengleichstellungsgesetz in den Landtag ein

Am 23. Februar 2005 hat die SPD-Landtagsfraktion den »Entwurf eines Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze« in den Niedersächsischen Landtag eingebracht. Dabei handelt es sich um einen Entwurf, den bereits die SPD-Landesregierung kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode in den Landtag eingebracht hatte. Damals hatte sich die CDU geweigert, das Gesetz noch in Sondersitzungen zu beraten, um es noch kurzfristig zu verabschieden.

Nach dem Regierungswechsel hatte die Landesregierung mehrfach angekündigt, einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen zu wollen. Bis heute ist jedoch nichts passiert. Vielmehr werden Menschen mit Behinderung seit zwei Jahren vertröstet. Gleichzeitig hat die Landesregierung seit ihrem Regierungsantritt Haushaltsmittel für Behindertenpolitik zusammen gestrichen. So sind neben dem Kahlschlag beim Landesblindengeld zwei Nullrunden in der Eingliederungshilfe zu verzeichnen.

Der Gesetzentwurf der SPD ist vor drei Jahren von den kommunalen Spitzenverbänden und den Wohlfahrts- und Behindertenverbänden sehr unterschiedlich bewertet worden. Während die Kommunalvertreter den Gesetzentwurf insbesondere im Hinblick auf die Kosten als zu weitge-

hend bewerteten, bemängelten Wohlfahrts- und Behindertenverbände, der Entwurf sei nicht weitgehend genug hinsichtlich der Verbindlichkeit bestimmter Regelungen.

Auch die Bündnisgrünen haben damals wie heute den Gesetzentwurf als nicht weitgehend genug kritisiert. Warum die Grünen in der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen das weitgehend identische Behindertengleichstellungsgesetz dort aber als großen Wurf feiern, wird wohl ihr ewiges Geheimnis bleiben.

»Festzuhalten bleibt, dass der Gesetzentwurf ein Kompromiss zwischen den berechtigten Interessen von Menschen mit Behinderung und den finanziellen Möglichkeiten angesichts der Situation der öf-



Ulla Groskurt

fentlichen Haushalte ist«, so die Abgeordnete Ulla Groskurt im Landtagsplenum. Die ersten Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen mit einem ähnlichen Gesetz zeigen, dass dieser Kompromiss durchaus als gelungen bezeichnet werden kann.

Aufruf der Aktion Volksbegehren des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen

»Dieses Volksbegehren gegen den Sozialabbau soll blinden Menschen auch in Zukunft ein eigenverantwortliches und selbstständiges Leben sichern. Helfen Sie uns, dass alle blinden Menschen wieder einen Anspruch auf das einkommens- und vermögensunabhängige Landesblindengeld haben!



ICH MACHE MIT UND SAMMELE UNTERSCHRIFTEN!

Damit die Sparpolitik der Landesregierung nicht weiter zu Lasten von Behinderten, Alten und Kranken geht!!!

Bitte mailen Sie uns mit Ihrer Adresse an volksbegehren@blindenverband.org möglichst bald, damit wir ihnen die Unterschriftenlisten zusenden können.«

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag unterstützt das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes und ruft zur Unterschriftensammlung auf.

Weitere Informationen sind auf der Homepage des Blindenverbandes unter: <http://www.blindenverband.de>.

Landesregierung kürzt 70% der Mittel im Jugendbereich

An Unglaublichkeit kaum zu überbieten ist die Jugendpolitik der Landesregierung: Beginnend mit dem Nachtragshaushalt 2003 hat die Landesregierung 70% aller Haushaltsmittel für die Jugendarbeit gekürzt. Dabei wurde vor allem ein Kahlschlag bei innovativen Jugendhilfemaßnahmen sowie bei der Jugendfreizeit in Kauf genommen.

Der von der SPD-geführten Landesregierung in Kraft gesetzte vorbildliche Kinder- und Jugendplan wurde für verzichtbar erklärt. Die zuständige Ministerin Dr. Ursula von der Leyen meinte, sich über die Impulsprogramme der Vorgängerregierung lustig zu machen und ihre Inhalte diskreditieren zu müssen. In der Jugendpolitik, so von der Leyen, sei ihre Amtsvorgängerin, »mit der Gießkanne durchs Land gegangen«.

Dieselbe Landesregierung und dieselbe zuständige Ministerin, die den Kahlschlag zu verantworten haben, haben sich jetzt entschlossen, Jugendpolitik zu einem Schwerpunkt zu erklären. Und sie wissen auch schon wie: Mehr Ehrungen für ehrenamtlich in der Jugendhilfe Tätige. Diese kostenlosen Streicheleinheiten für Ehrenamtliche nennt der Ministerpräsident

großspurig »Anerkennungskultur«, welche es zu stärken gelte.

Der SPD-Landesvorsitzende Wolfgang Jüttner hat in der Landtagsdebatte klar gestellt, was es mit dieser Anerkennungskultur wirklich auf sich hat: »Auch wir sind für Anerkennung, für Zuwendung, für Lob. Das Problem besteht an einer anderen Stelle. Sie ersetzen die Rahmenbedingungen durch Anerkennung. Sie organisieren eine Politik der Ausbeutung des Ehrenamtes.«

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Landesregierung aufgefordert, endlich zu einer verbindlichen Jugendpolitik zurückzukehren. Dabei müssen Prioritäten gesetzt und jugendpolitische Ziele formuliert werden. Mit der Erwartung, wenn man nur genügend Ehrenamtliche genügend ehre, funk-



Wolfgang Jüttner

tioniere die Jugendpolitik ganz von allein, stiehlt sich die Landesregierung aus der Verantwortung und lässt die Jugendlichen im Regen stehen.

Deckt die Landesregierung eine rechtswidrige Verwaltungspraxis?

Die bürgerfeindlichen Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens sollen offenbar verschleiert werden

Die im Zuge der Abschaffung der Bezirksregierungen von der CDU/FDP-Landtagsmehrheit beschlossene weitgehende Abschaffung des Widerspruchsverfahrens bringt die Landesregierung zunehmend in Bedrängnis. Im Bereich der kommunalen Abgabenbescheide realisieren mehr und mehr Kommunen, dass ihnen aufgrund kleiner Berechnungsfehler zahlreiche Prozesse und damit erhebliche Folgekosten drohen können.

Um dies zu verhindern wird mancherorts ein rechtlich höchst bedenkliches Ausweichverfahren erdacht. Obwohl die Abgabenordnung dazu verpflichtet, Müllgebührenbescheide mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen, hat etwa der Braunschweiger CDU-Oberbürgermeister in seinen Müllgebührenbescheiden bewusst auf eine Rechtsbehelfsbelehrung verzichtet, um so zu verhindern, dass die gesetzlich vorgeschriebene Klagefrist von nur einem Monat in Gang gesetzt wird.

Durch das Fehlen der Rechtsbehelfsbelehrung wird den Bürgerinnen und Bürgern nunmehr eine einjährige Klagefrist eröffnet. Dieses auf den ersten Blick bürgerfreundliche Verfahren, mit dem die bürgerfeindlichen Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens durch CDU und FDP in Niedersachsen vertuscht werden sollen, verstößt jedoch

gegen das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz und gegen die Abgabenordnung des Bundes, die eine Rechtsbehelfsbelehrung zwingend vorschreiben. Der CDU-Innenminister müsste daher im Wege der Kommunalaufsicht darauf hinwirken, dass die Abgabenbescheide mit der gesetzlich vorgeschriebenen Rechtsbehelfsbelehrung versehen werden – womit wiederum lediglich eine einmonatige Klagefrist zu laufen begänne.

»Da die Landesregierung jedoch nicht will, dass die bürgerfeindlichen Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens sichtbar werden, duldet der Innenminister diese äußerst fragwürdige Verwaltungspraxis«, merkt die rechtspolitische Sprecherin Heike Bockmann an und fährt fort: »Um derartige Auswüchse zu verhindern und die Dauer der Klagefrist gegen kommunale Abga-



Heike Bockmann

benbescheide nicht davon abhängig zu machen, mit welcher »Kreativität« die betreffende Kommune am geltenden Recht vorbei fragwürdige Ausweichverfahren ersinnt, ist die Landesregierung dringend aufgefordert, die Abschaffung des bürgerfreundlichen Widerspruchsverfahrens zumindest in diesem Bereich noch einmal sehr sorgfältig zu überdenken.«

Fünf Fragen an ...

Klaus Schneck, neues Mitglied des Landtages

Klaus, du bist in den Landtag gekommen, weil Uwe Bartels Bürgermeister in Vechta geworden ist. War dir sofort nach dem überraschenden Wahlsieg von Uwe Bartels klar, dass du das Mandat annehmen würdest?

Selbstverständlich. Denn ich habe ja kandidiert, um als Mitglied des Landtages Arbeitnehmerinteressen in die parlamentarische Arbeit mit einzubringen

Du bist Betriebsrat bei VW in Wolfsburg. Was hältst du von der Debatte der vergangenen Wochen über das Zusammenspiel von IG Metall, Betriebsrat und der Unternehmensführung beim Volkswagenkonzern?

Ich hoffe, dass diese unsägliche Debatte, die von einigen Konservativen und Liberalen in Niedersachsen losgetreten wurde, nicht dem Unternehmen und auch nicht unserer Unternehmenskultur schadet. Seit Jahrzehnten hat die bei uns praktizierte kooperative Form der Konfliktbewältigung dazu beigetragen, in Niedersachsen über 100.000 Arbeitsplätze zu sichern.

Auslöser war ja die Debatte über die Nebentätigkeit von Abgeordneten...

Für mich ist klar: ohne Leistung darf es keine Entlohnung geben. Dazu hat der VW-Betriebsrat eine ganz klare Position bezogen. Wir begrüßen deshalb, dass die Unternehmensrichtlinie von 1990, die ohne Beteiligung des Betriebsrates zustande gekommen ist, ersatzlos zurückgezogen wurde.

Was werden die Schwerpunkte deiner Arbeit im Landtag sein?

Grundsätzlich geht es mir darum, die Sichtweise abhängig Beschäftigter in die Parlamentsdebatten mit hineinzubringen. Aktuelles Beispiel heute: Die sehr engagierte Debatte über das »Port Package II«. Dabei geht es im Kern darum, ob Arbeitnehmer aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt zu deutschen Bedingungen in einem niedersächsischen Hafen arbeiten, oder ob die Bedingungen Osteuropas oder Chinas gelten.

Welchen Eindruck hast du nach der ersten Plenarwoche von deinem neuen Arbeitsplatz?

Mich hat schon irritiert, wie etwa die Minister Möllring und Schünemann mit dem Souverän, also dem Landtag umgehen. Ich meine: Selbst in einer harten politischen Auseinandersetzung sollte man den politischen Anstand wahren. Geschieht das nicht, schafft das zu Recht Politikverdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern und erschwert natürlich auch die Kompromissuche im Parlament.



Uwe Bartels übernimmt neue Aufgabe in Vechta

Zum 1. Februar 2005 hat unser bisheriger Kollege und Umweltausschussvorsitzender Uwe Bartels das Amt des Oberbürgermeisters in Vechta übernommen. Uwe Bartels kann auf eine lange und erfolgreiche Zeit als Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages und langjähriges Mitglied der SPD-geführten Landesregierung zurückblicken. Bereits 1978 trat er in den Niedersächsischen Landtag ein und war bis 1990 umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Nach Schröders erstem Wahlsieg 1990 wechselte er in die Landesregierung und wurde Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, bis er 1998 das Amt des Ministers übernahm. Uwe Bartels hat in seiner Amtszeit für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in Niedersachsen viel Positives bewirkt.

Wir freuen uns, dass er nun seine »Traumstelle« gefunden hat, er wollte schon als Kind Oberbürgermeister von Vechta werden.



Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley, Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Niedersachsens Hochschulen auf dem Weg nach Europa Veranstaltung zum 7. Forschungsrahmenprogramm am 17.03.2005

Die Idee der Schaffung eines Europäischen Hochschul- und Forschungsraumes erhielt mit dem Beschluss der europäischen Bildungsministerinnen und -minister in Bologna 1999 neue Schubkraft. Im Fokus europäischer Forschungspolitik stehen die Forschungsrahmenprogramme. 2006 läuft das 6. Rahmenprogramm aus. Zeit, Bilanz zu ziehen und nach der Partizipation niedersächsischer Hochschulen zu fragen.

Neue Themen und neue Instrumente stellen die Hochschulen beim 7. Rahmenprogramm Forschung vor neue Herausforderungen. Sind unsere Hochschulen in Niedersachsen gut gerüstet, um sich im Wettbewerb zu behaupten, um an den Forschungsgeldern teilzuhaben?

Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt der Diskussion, zu der alle Interessentinnen und Interessenten herzlich eingeladen sind.

Termin:

Donnerstag, 17. März 2005 von 16:00–18.30 Uhr

Niedersächsischer Landtag – Raum 122 – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

Anmeldungen bitte richten an:

Ute Wormland – Fax 0511/3030-4023 – E-Mail Ute.Wormland@LT.Niedersachsen.de

Programm

- 16:00 Uhr: Begrüßung durch Gabriele Andretta, wissenschaftspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion
- 16:15 Uhr: Referate
I. 6. Forschungsrahmenprogramm: Bilanz und Perspektiven
Dr. Eva Rose, EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim
II. 7. Forschungsrahmenprogramm: aktueller Stand aus Brüssel
Erika Mann, MdEP
- 16:45 Uhr: Podium
Prof. Dr. Claus Rollinger, Präsident der Universität Osnabrück
Alexandra Ortmann, Juso-Hochschulgruppe Göttingen
sowie die Referentinnen und Referenten
Moderation: Axel Plaue
- 18:30 Uhr: Ende der Veranstaltung

Klaus-Peter Dehde neuer Vorsitzender des Umweltausschusses Ein bekennender Atomkraftgegner gibt nun den Ton an



Mit dem Ausscheiden von Uwe Bartels übernimmt ab 01. Februar 2005 Klaus-Peter Dehde den Vorsitz des Umweltausschusses im Niedersächsischen Landtag. Dehde ist ein ausgewiesener Energiexperte mit dem Spezialgebiet Atomenergie. Der Neu-Darchauer (Landkreis Lüchow-Danzenberg) ist seit 1999 Mitglied der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und seitdem im Umweltausschuss. Dehde ist seit langen Jahren im Widerstand gegen das Atom Müllendlager in Gorleben aktiv und lässt diese Erfahrungen in die politische Arbeit einfließen. Auch in Zukunft will er sich bei den brennenden umweltpolitischen Fragen einmischen und seine Funktion als Ausschussvorsitzender nutzen, um die umweltpolitischen Positionen der SPD-Landtagsfraktion in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

16. niedersächsischer SPD-Frauenpreis

Bereits zum 16. Mal verleihen die niedersächsischen SPD-Frauen den Frauenpreis. Mit Geldpreisen von insgesamt 3.000 Euro werden Frauen geehrt, die einen mutigen oder herausragenden Beitrag geleistet und damit die Emanzipation der Frauen vorangetrieben haben.

Über die Verleihung des SPD-Frauenpreises entscheidet eine Jury, die aus acht Frauen besteht: einer Journalistin, einer Gewerkschafterin, einer kommunalen Frauenbeauftragten, einer Vertreterin des Landesfrauenrates, einer Landtagsabgeordneten, einer Bundestagsabgeordneten und der Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF).

Um den 16. SPD-Frauenpreis können sich Frauen und Frauengruppen aus Niedersachsen mit Beiträgen aus kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, politischen oder anderen gesellschaftlichen Bereichen bewerben. Diese können im Betrieb, in der Schule, in der Hochschule, im Theater, am Schreibtisch, im Ehrenamt und natürlich in der Politik geleistet werden. Der Preis wird öffentlich verliehen! Vorschläge können bis zum 15. April 2005 eingereicht werden. Dazu sind eine Beschreibung des Vorschlags sowie die wichtigsten biographischen Daten der vorgeschlagenen Frauen bzw. Frauengruppen erforderlich.

Sie sind einzureichen beim SPD-Landesverband Niedersachsen, Odeonstr. 15/16 in 30159 Hannover.

16. niedersächsischer SPD-Frauenpreis

Die niedersächsischen SPD-Frauen verleihen seit 1990 den Frauenpreis. Mit Geldpreisen von insgesamt 3.000 Euro werden Frauen geehrt, die einen mutigen oder herausragenden Beitrag geleistet haben und damit die Emanzipation der Frauen vorangetrieben haben.

Über die Verleihung des SPD-Frauenpreises entscheidet eine Jury, die aus acht Frauen besteht: einer Journalistin, einer Gewerkschafterin, einer kommunalen Frauenbeauftragten, einer Vertreterin des Landesfrauenrates, einer Landtagsabgeordneten, einer Bundestagsabgeordneten, einer Kommunalpolitikerin und der Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF).

Um den 16. SPD-Frauenpreis können sich Frauen und Frauengruppen aus Niedersachsen mit Beiträgen aus kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, politischen oder anderen gesellschaftlichen Bereichen bewerben. Diese können im Betrieb, in der Schule, in der Hochschule, im Theater, am Schreibtisch, im Ehrenamt und natürlich in der Politik geleistet werden. Der Preis wird öffentlich verliehen!

Vorschläge können bis zum 15. April 2005 eingereicht werden. Dazu sind eine Beschreibung des Vorschlags sowie die wichtigsten biographischen Daten der vorgeschlagenen Frauen bzw. Frauengruppen erforderlich.

Sie sind einzureichen beim SPD-Landesverband Niedersachsen, Odeonstraße 15/16 in 30159 Hannover.

Termine

8. März, 10:00–16:00 Uhr
Fraktionsvorstand im Rathaus Osnabrück

11. März, 19:30 Uhr (Einlass 18:30 Uhr)
Gespräch mit Dr. Peter Struck zum Thema
»Bundeswehr – vor neuen Herausforderungen«. Ausflugsgasthaus Mittendorf,
Buchhagen Nr. 2, 37619 Bodenwerder/
Buchhagen

15. März, 12:00–14:00 Uhr
Fraktionsvorstandssitzung im Niedersäch-
sischen Landtag, Raum 122

15. März, 14:00–16:00 Uhr
Fraktionssitzung im Niedersächsischen
Landtag, Raum 122

15. März, ab 1800 Uhr
Verleihung des Kunstpreises der SPD-
Landtagsfraktion; Restaurant Leineschloss
im Niedersächsischen Landtag

17. März, 16:00–18.30 Uhr
Kongress »Niedersachsens Hochschulen
auf dem Weg nach Europa«
Niedersächsischer Landtag, Raum 122

5. April, 12:00–14:00 Uhr
Fraktionsvorstandssitzung im Niedersäch-
sischen Landtag, Raum 122

12. April, 12:00–14:00 Uhr
Fraktionsvorstandssitzung im Niedersäch-
sischen Landtag, Raum 122

12. April, 14:00–16:00 Uhr
Fraktionssitzung im Niedersächsischen
Landtag, Raum 122

13. April: Kongress zur »frühkindlichen
Sprachförderung«; Ort und Zeit wird noch
bekannt gegeben

19. April, 12:00–14:00 Uhr
Fraktionsvorstandssitzung im Niedersäch-
sischen Landtag, Raum 122

19. April, 15:00–17:00 Uhr
Fraktionssitzung im Niedersächsischen
Landtag, Raum 122

20.–22. April
Plenarsitzung des Niedersächsischen
Landtages

Materialien der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

I. Fraktionszeitung »Thema im Landtag – TIL«

Neuerscheinung vom 16.12.2004: TIL – Thema im Landtag 2/2004

Kursbestimmung. Strategie und Ziele der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag 2005–2008

TIL – Thema im Landtag 1/2004

Schule in Niedersachsen. Von gebrochenen Versprechen und falschen Konzepten

Bestellungen: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz
1 – c/o Thilo Scholz 30159 Hannover – Tel. 0511/3030-4038, Fax -4809 – E-Mail
Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de

II. Flugblätter

Flugblatt-Download:

1. Nichts gelernt aus PISA: Schulpolitik in Niedersachsen
2. Wulffs Ellenbogengesellschaft: Sozialpolitik in Niedersachsen
3. Städte vor dem Kollaps: Vom Umgang mit den niedersächsischen Kommunen
4. Familien und Kinder stehen im Regen: Familien-, Kinder- und Jugendpolitik
5. Integration? Fehlanzeige: Die Ausländerpolitik der Landesregierung
6. Ehrenamt ohne Zukunft
7. Wulff spart sich den ländlichen Raum
8. Wulff streicht Weihnachtsgeld statt Subventionen
9. BINGO wird zur Mogelpackung: Von der Umweltlotterie zur Haushaltssanierung
10. Alle Macht für Wulff: Verwaltungsreform
11. Beton statt Bildung: Wulff verschenkt 680 Millionen Euro (Subventionsabbau zur Bildungsfinanzierung)
12. Weniger Unterricht – größere Klassen: Unterrichtsversorgung in Niedersachsen

Die Flugblätter sind im Internet zum Download bereitgestellt unter <http://www.spd-landtag.nds.de>. Voraussetzung ist ein Zugang zum passwortgeschützten »Niedersachsen-Netzwerk« (siehe gleichnamigen Artikel) der SPD-Fraktion.

III. Plakate

1. Plakat Wolfgang Jüttner, DIN-A1, farbig, Freiraum für Veranstaltungankündigungen u.ä. ist gegeben.
2. Plakat Sigmar Gabriel, DIN-A1, farbig, Freiraum für Veranstaltungankündigungen u.ä. ist gegeben.

Kosten/Stück: 0,90 Euro zuzüglich Verpackung und Versand. Bestellungen bitte richten an: SPD-Landesverband Niedersachsen, c/o Margrit Gärtner, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover, Tel. 0511/1674-212, Fax: -211, E-Mail: Margrit.Gaertner@spd.de

